



## Niederschrift

über die Sitzung der Bezirksvertretung 9  
am 23.09.2011

**Beginn der Sitzung: 16:00 Uhr**

### Tagesordnung:

#### I. Öffentlicher Teil

- 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Anerkennung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift 179-6-2011 vom 08.07.2011
- 4 Bericht Eissporthalle Benrath - Herr Lennartz
- 5 179/ 85/2011 Bauvoranfrage Hügelstr. 70-76  
Errichtung einer Kleingartenanlage
- 6 179/ 108/2011 Bauantrag Nixenstraße 77 - Umbau und Erweiterung des Lore-Agnes-Hauses - veränderte Planung
- 7 179/ 109/2011 Bauantrag Kammerrathsfeldstraße 71 - Neubau eines Mehrfamilienhauses mit TG und oberirdischer Garage
- 8 61/ 76/2011 Plan-Nr.: 5971/028 -Nördlich Henkelstraße-
- 9 179/ 117/2011 Unterhaltung von Grundstücken und baulichen Anlagen der Bezirksvertretung im Stadtbezirk 9
- 10 179/ 86/2011 Anfrage: Schulmensen in den Gymnasien Koblenzer Straße, Schlossgymnasium und Annette-von-Droste-Hülshoff  
- FDP-Fraktion -
- 11 179/ 114/2011 Anfrage: Kinder- und Jugendbetreuung in Holthausen  
- Frau Wegner, SPD -
- 12 179/ 119/2011 Anfrage: Hochbahnsteige  
- Herr Reichert, Freie Wähler -
- 13 179/ 120/2011 Anfrage: Wohnungsbau Friedhof Itterstraße  
- Herr Hampe, CDU -
- 14 179/ 121/2011 Anfrage: Friedhof Itter, geplante Wohnbebauung  
- Bü90/Die Grünen-Fraktion -
- 15 179/ 122/2011 Anfrage: Radweg Ickerswarder Straße  
- Bü90/Die Grünen-Fraktion -
- 16 179/ 125/2011 Anfrage: A 46 - Lärmschutz  
- Herr Retza, SPD -
- 17 179/ 124/2011 Anfrage: Reithalle Gut Niederheid  
- Herr Retza, SPD -
- 18 179/ 106/2011 Anfrage: Brände in der Wohnanlage Hassels-Nord  
- Herr Cetin / Die Linke -
- 19 179/ 126/2011 Anfrage: Hochhaus Potsdamer Str. 45  
- Herr Retza, SPD -

- 20 179/ 105/2011 Antrag: Anwohnerkonferenz in Hassels-Nord  
- Herr Cetin, Die Linke -
- 21 179/ 127/2011 Antrag: Hassels Nord - Stadtteilentwicklungskonzept  
- Herr Retza, SPD -
- 22 179/ 115/2011 Antrag: Instandhaltungs- und Modernisierungsplanung für  
die Siedlung Hassels-Nord  
- Herr Schardt, Bü90/Die Grünen -
- 23 179/ 107/2011 Antrag: Radweg in Urdenbach  
- Herr Gelshorn, SPD -
- 24 179/ 123/2011 Antrag: Signalgesicherte Fußgängerquerung in Urdenbach  
- Herr Gelshorn, SPD -
- 25 179/ 118/2011 Antrag: Schriftliche Antwort auf Anfragen  
- Herr Reichert, Freie Wähler -
- 26 179/ 101/2011 Antrag: Verfügungsmittel Martinsfreunde Hassels; Martins-  
zug 2011  
- interfraktionell -
- 27 179/ 104/2011 Antrag: Verfügungsmittel Märchenfieber; Theaterprojekt  
"Der gestiefelte Kater"  
- interfraktionell -
- 28 179/ 112/2011 Antrag: Verfügungsmittel Heimatverein - Holthausen - Itter  
Himmelgeist e.V.; Martinszug Holthausen 2011  
- interfraktionell -
- 29 179/ 111/2011 Antrag: Verfügungsmittel Heimatverein Holthausen - Itter -  
Himmelgeist e.V.; Weihnachtsbaum Kamper Acker  
- interfraktionell -
- 30 179/ 110/2011 Antrag: Verfügungsmittel Karnevalsgesellschaft "Reisholzer  
Quatschköpp"; Veedelszoch 2012  
- interfraktionell -
- 31 179/ 113/2011 Antrag: Verfügungsmittel GGS Südallee; Theater- und  
tanzpädagogisches Projekt zum Thema Klima, Wetter und  
Elemente  
- interfraktionell -
- 32 179/ 116/2011 Antrag: Verfügungsmittel Bürger- und Heimatverein Reis-  
holz e.V.; Martinsumzug Düsseldorf-Reisholz 2011  
- interfraktionell -
- 33 179/128/2011 Antrag: Verfügungsmittel "Aktion Weihnachtsbaum für  
Hassels"  
- interfraktionell -
- 34 179/131/2011 Antrag: Verfügungsmittel St. Sebastianus Schützenbruder-  
schaft Himmelgeist e.V.; Weihnachtsbaum  
- interfraktionell -
- 35 179/130/2011 Antrag: Verfügungsmittel Diakonie, Zentrum plus;  
Benrather Tüte  
- interfraktionell -
- 36 179/132/2011 Unterhaltung von Grundstücken und baulichen Anlagen der  
Bezirksvertretung im Stadtbezirk 9; Gut Niederheid

## II. Nichtöffentlicher Teil

NÖ 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit  
NÖ 2 Anerkennung der Tagesordnung  
NÖ 3 179/ 98/2011 Interfraktionelle Anfrage: Denkmal Angerstraße 101 in  
Urdenbach  
- Herr Gelshorn, SPD -

Anwesend:

**Mitglieder der Bezirksvertretung**

Herr	Angerhausen	CDU
Herr	Blumenrath	CDU
Frau	Brockhaus	CDU
Herr	Cetin	DIE LINKE
Frau	Geller	CDU
Herr	Gelshorn	SPD
Herr	Dr. Graf	CDU
Herr	Hampe	CDU
Herr	Reichert	Freie Wähler
Herr	Retza	SPD
Herr	Schardt	Bü 90/ Grüne
Herr	Schmidt	SPD
Herr	Dr. Schork	FDP
Herr	Schuth	CDU
Frau	Verhofen	CDU
Frau	Wegner	SPD
Herr	Welski	Bü 90/ Grüne

**vom Rat**

Ratsfrau	Bellstedt	Bü 90/ Grüne
Ratsfrau	Benninghaus	SPD
Ratsherr	Hartnigk	CDU
Ratsherr	Kurth	CDU
Ratsherr	Lukaschewski	CDU
Ratsfrau	Mohrs	SPD
Ratsfrau	Mucha	CDU
Ratsfrau	Wien-Mroß	SPD

**Verwaltung**

Frau	Groth	Stadtplanungsamt
Herr	Esser	Bauaufsichtsamt
Herr	Mehner	Bezirksverwaltungsstelle 9
Herr	Wirtz	Bezirksverwaltungsstelle 9

**Sonstige Teilnehmer**

Frau	Vaassen	Seniorenbeirat
Herr	Tischendorf	Jugendrat
Herr	Lennartz	Stadtsparkasse Düsseldorf

## Presse

Frau	Everts	Westdeutsche Zeitung
Frau	Kultscher	Rheinische Post

## I. Öffentlicher Teil

### 1 Feststellung der Beschlussfähigkeit

**Bezirksvorsteher Schuth begrüßt alle Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.**

### 2 Anerkennung der Tagesordnung

**Herr Mehner** erklärt, dass die Anfragen TOP 15 und 16 erst zur nächsten Sitzung beantwortet werden können. Er bittet, die Punkte 33 bis 36 der Nachtragstagesordnung auf die Tagesordnung zu nehmen.

**Bezirksvorsteher Schuth** weist darauf hin, dass er Herrn Cetin gebeten habe, den Antrag TOP 20 zurückzuziehen. Herr Cetin erklärt, er ziehe ausschließlich den Punkt 1 seines Antrages zurück.

Die Bezirksvertretung lässt zu TOP 4 Herrn Lennartz als Sachverständigen zu.  
Die Bezirksvertretung erkennt die Tagesordnung mit den vorstehenden Ergänzungen zu.

### 3 Genehmigung der Niederschrift 179-6-2011 vom 08.07.2011

**Herr Welski** bemerkt zu TOP 39, dass auf Nachfrage des Bezirksvorstehers Herr Krick im Zusammenhang mit einer denkbaren Nutzung der Grünfläche Burscheider Straße 29 durch eine gemeinnützig orientierte Privatinitiative eine Unterstützung seitens des Gartenamtes nicht ausgeschlossen habe.

Die Bezirksvertretung genehmigt die Niederschrift 179-6/2011 vom 08.07.2011.

### 4 Bericht Eissporthalle Benrath - Herr Lennartz

**Herr Lennartz** berichtet über die bisher durchgeführten Renovierungsmaßnahmen sowie über das neue Konzept, mit dem das Angebot und die Akzeptanz der Eissporthalle verbessert und die Einnahmen erhöht werden sollen. Die Stadtparkasse habe hierfür eine sechsstellige Spende gegeben.

Anschließend beantwortet Herr Lennartz verschiedene Fragen. U.a. erklärt er, dass das Stiftungsvermögen noch für einige Jahre reichen werde. Wann das Vermögen konkret verbraucht sei, könne nicht gesagt werden, da die Höhe der Einnahmen und Ausgaben nicht exakt vorhersehbar sei.

### 5 Bauvoranfrage Hängelstr. 70-76 Errichtung einer Kleingartenanlage 179/ 85/2011

**Herr Esser** beantwortet verschiedene Fragen. Die Bezirksvertretung vertagt die Angelegenheit erneut wegen weiteren Beratungsbedarfs. Sie spricht sich dafür aus, zur nächsten Vorbesprechung am 06.10.2011 den Stadtverband der Kleingärtner einzuladen.

**6      **Bauantrag Nixenstraße 77 - Umbau und Erweiterung des Lore-Agnes-Hauses - veränderte Planung**  
179/ 108/2011**

**Herr Schardt** führt aus, dass die planungsrechtliche Beurteilung des Bauvorhabens nach § 34 Baugesetzbuch erfolge, was zur Folge habe, dass sich auch die gewählte Dachausführung (Kiesdach) in die Umgebung einfügen müsse. Es stelle sich daher die Frage, ob das Kiesdach sich in die umgebenden Satteldachausführungen einfüge.

**Herr Esser** erwidert, dass sich das geplante Kiesdach in die Umgebung einfüge.

Abstimmungsergebnis: 15 Ja-Stimmen (8 CDU, 4 SPD, 1 FDP, 1 Die Linke,  
1 FW)  
2 Enthaltungen (Bü90/Die Grünen)

**Die Bezirksvertretung 9 beschließt die Erteilung der Baugenehmigung.**

**7      **Bauantrag Kammerrathsfeldstraße 71 - Neubau eines Mehrfamilienhauses mit TG und oberirdischer Garage**  
179/ 109/2011**

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**Die Bezirksvertretung 9 beschließt die Erteilung der Baugenehmigung einschließlich der erforderlichen Befreiung nach dem Baugesetzbuch (BauGB) hinsichtlich der Bebauungstiefe.**

**8      **Plan-Nr.: 5971/028 -Nördlich Henkelstraße-  
61/ 76/2011****

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**Die Bezirksvertretung 9 wird hiermit gem. § 3 Abs. 10 Nr. 3 der Bezirkssatzung zum Aufstellungsbeschluss für das v.g. Gebiet Plan Nr. 5971/028 – Nördlich Henkelstraße - angehört und empfiehlt dem Ausschuss für Planung und Stadtentwicklung eine vorlagegemäße Beschlussfassung.**

**9      **Unterhaltung von Grundstücken und baulichen Anlagen der Bezirksvertretung im Stadtbezirk 9**  
179/ 117/2011**

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**Die Bezirksvertretung 9 beschließt den Neuanstrich der Werkräume in der**

**Förderschule Am Massenberger Kamp 45 in Höhe von 12.000,00 €.**

**10      Anfrage: Schulmensen in den Gymnasien Koblenzer Straße, Schlossgymnasium und Annette-von-Droste-Hülshoff  
- FDP-Fraktion -  
179/ 86/2011**

Frage 1:

Ist und falls ja, wann ist für die als Ganztagschulen ausgewiesenen Gymnasien Koblenzer Straße, Schloßgymnasium und und Annette-von-Droste-Hülshoff die Errichtung einer Mensa nach dem städtischen Masterplan Schulen geplant?

Frage 2:

Wie wird die Mittagsversorgung der Schüler in diesen Schulen bis zur Errichtung der Mensen (auch bei steigenden) sichergestellt?

Frage 3:

Wann müssen die Schulmensen spätestens errichtet werden, damit ein reibungsloser Ablauf bei der Verpflegung für alle Jahrgangsstufen gewährleistet ist?

**Herr Mehner** beantwortet die Fragen wie folgt:

zu Frage 1:

Vom Bauausschuss wurde – im Einvernehmen mit dem Schulausschuss – im Januar 2011 eine Prioritätenliste für Schulbaumaßnahmen aus dem Masterplan Schulen beschlossen. In der Liste wurden die Maßnahmen an den drei Gymnasien wie folgt eingeordnet:

- „Ganztag, Ausbau EG, Sanierung Naturwissenschaften“ am Schloßgymnasium auf Position 3
- „Ganztag, Umbau im Bestand“ am Gymnasium Koblenzer Straße auf Position 11
- „Ganztag“ am Annette-von-Droste-Hülshoff-Gymnasium auf Position 16

Im Zuge der Umsetzung der Ganztagsmaßnahmen am Schloß-Gymnasium ist die Einrichtung einer Mensa vorgesehen.

Das Gymnasium Koblenzer Straße und das Annette-von-Droste-Hülshoff-Gymnasium verfügen bereits über Mensen. Hier soll im Rahmen der Durchführung der Ganztagsmaßnahmen durch räumliche Erweiterung bzw. durch eine Optimierung der Arbeitsabläufe mittels veränderter Raumnutzung auch zukünftig ein reibungsloser Ablauf gewährleistet werden.

Entsprechend dem Zeitplan für die ersten zehn Maßnahmen der Prioritätenliste, der im Juni 2011 dem Schulausschuss und dem Bauausschuss vorgelegt wurde, ist beabsichtigt, mit der Ausführungsplanung für das Schloß-Gymnasium im 4. Quartal 2011 zu beginnen. Die Durchführung der Maßnahmen an den beiden anderen Gymnasien orientiert sich an der vorgenommenen Priorisierung.

zu Frage 2:

Die Mittagsversorgung am Gymnasium Koblenzer Straße und am Annette-von-Droste-Hülshoff-Gymnasium wird durch die eingerichteten Mensen sichergestellt. Das Schloß-Gymnasium wird für die Mittagsversorgung der Klassen der neuen Jahrgangsstufe 5 auch im Schuljahr 2011/12 wieder den Gemeindesaal der Dankeskirche nutzen. Hinsichtlich der Jahrgangsstufen 6 und 7 wird angestrebt, den Schülerinnen und Schülern vorübergehend die Einnahme des Mittagessens in der Mensa der Freien Christlichen Gymnasiums zu ermöglichen.

zu Frage 3:

Bis zur Umsetzung der Ganztagsmaßnahmen wird der reibungslose Ablauf der Verpflegung der Schülerinnen und Schüler, sowie erforderlich, durch Übergangslösungen sichergestellt.

**11      Anfrage: Kinder- und Jugendbetreuung in Holthausen  
- Frau Wegner, SPD -  
179/ 114/2011**

Frage 1:

Wie viele Kinder welcher Altersgruppen werden vom DRK-Kinder-Treff an der Geeststraße betreut und welche Angebote der Einrichtung werden an diesem Standort besonders genutzt?

Frage 2:

Wie sieht die personelle Ausstattung der städtischen Einrichtung Kamperstraße 17 aus und ist diese für zusätzliche Aufgaben ausreichend?

Frage 3:

Wie und in welchem Umfang wird das Angebot der Einrichtung Kamperstraße 17 erweitert, um den von der Schließung der Einrichtung Geeststraße betroffenen Kindern und Jugendlichen Ersatzangebote anbieten zu können?

**Herr Mehner** beantwortet die Anfragen wie folgt:

zu Frage 1:

In der Kinderfreizeiteinrichtung des DRK auf der Geeststraße werden täglich durchschnittlich 22 Kinder im Alter zwischen 6 und 14 Jahren betreut. Von den 22 Kindern haben 16 Besucherinnen und Besucher einen Platz in der Hausaufgabenbetreuung, die mindestens 50 % der täglichen Öffnungszeit abdeckt (inklusive Mittagessen).

Darüber hinaus bietet die Einrichtung im offenen Bereich die Schwerpunkte Medien und Ernährung/Gesundheit an. In den Sommerferien wird ein Düsseldorfferienprogramm für 25 bis 30 Kinder angeboten.

zu Frage 2:

In der Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung „Kamper 17“ sind drei hauptamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Vollzeit beschäftigt. Von der Einrichtung ausgehend, arbeitet ein weiterer Mitarbeiter mit 30 Stunden im Bereich Itter, Am Scheitenweg. Das Team der hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wird über freiberufliche Honorarkräfte unterstützt.

Darüber hinaus ist die Einrichtung Betreuungsträger in der OGS an der GGS Walther-Rathenau-Straße für sechs Gruppen mit dem entsprechenden Personal.

Eine zusätzliche Vollzeitstelle wird noch in 2011 für die „Aufsuchende Arbeit“ im Bereich Geeststraße geschaffen. Diese Stelle befindet sich zurzeit in der Ausschreibung.

zu Frage 3:

Durch die zusätzliche neue Stelle wird das Angebot der Kamperstraße erweitert. Es ist geplant ab Ende des Jahres aktiv auf die Kinder und Jugendlichen im Bereich Geeststraße zuzugehen und diese in die Kamperstraße zu überführen.

Die Übermittagsbetreuung wird nicht weitergeführt, da hierzu grundsätzlich ein Angebot an allen Schulen besteht.

Die Öffnungszeiten der Kamperstraße werden erweitert, dies bedeutet Montag bis Freitag eine Verlängerung bis 21.00 Uhr. Weiterhin wird die Einrichtung ihre Öffnungszeiten auf das Wochenende mit regelmäßigen Öffnungszeiten ausweiten. Das Angebot der Düsselferien wird bedarfsgerecht erweitert, so dass keine Plätze wegfallen.

Neben diesen schon feststehenden „Ersatzangeboten“ werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kamperstraße mit den Kindern, Jugendlichen und Eltern über weitere bedarfsgerechte Angebote in der Kamperstraße nachdenken.

**Herr Reichert** fragt, wie mit nur einer zusätzlich vorgesehenen Stelle in der Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung „Kamper 17“ der Wegfall von 2,5 Vollzeitstellen und 5 Stellen von Honorarkräften in der Kinderfreizeiteinrichtung des DRK aufgefangen werden soll. Darüber hinaus habe der Mittagstisch beim DRK 50 Cent gekostet, während er in der Einrichtung „Kamper 17“ 2,50 € koste. Dies sei eine erhebliche Mehrbelastung für die einkommensschwachen Eltern.

**Herr Mehner** entgegnet, dass zum einen die Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung „Kamper 17“ die Betreuung der Kinder als Träger in der OGS an der GGS Walther-Rathenau-Straße übernimmt und zum anderen die Übermittagsbetreuung an allen Schulen angeboten werde.

**Ratsfrau Wien-Mroß** erklärt, dass die Plätze in der OGS nicht ausreichen, um die Kinder der Freizeiteinrichtung des DRK aufzunehmen. Es hätte frühzeitig mit den Eltern der Kinder, die von der Schließung der Einrichtung betroffenen sind, gesprochen werden müssen. Darüber hinaus befinden sich nach Informationen, die sie aus der Einrichtung Geeststraße erhalten hat, 20 Kinder in der Hausaufgabenbetreuung.

**Ratsfrau Benninghaus** erklärt, dass sich der Jugendhilfeausschuss mit der Angelegenheit befassen werde.

**12** **Anfrage: Hochbahnsteige**  
**- Herr Reichert, Freie Wähler -**  
**179/ 119/2011**

Frage 1:

Warum wurde ein Umbau mit Hochbahnsteige-Haltestellen der Stadtbahnen in der BV 9 nicht berücksichtigt, obwohl dieses von der Politik und besonders vom Seniorenbeirat und Behindertenbeirat gefordert wurde?



Frage 2:

Sind Alternativen für den Düsseldorfer Süden in den nächsten 5 Jahren geplant?

**Herr Mehner** beantwortet die Fragen wie folgt:

Zu Frage 1:

Nach der im zur Beschlussfassung anstehenden Nahverkehrsplan 2010-2015 enthaltenen Priorisierung für den barrierefreien Haltestellenausbau sind die Stadtbahnlinien U74/U77 in Rang 1 und die Straßenbahnlinie 701 in Rang 3 eingestuft. Die im NVP 2010-2015 dargelegte Priorisierung und linienweise Vorgehensweise für den barrierefreien Haltestellenausbau ist mit den Behindertenverbänden abgestimmt und fand auch im Anhörungsverfahren grundsätzliche Zustimmung.

Für die Laufzeit des NVP bis 2015 ist ein barrierefreier Ausbau der Straßenbahnhaltestellen auf der Linie 701 sowie der Bau von Hochbahnsteigen auf dem südlichen Streckenabschnitt nach Benrath der Stadtbahnlinie U74/U77 nicht vorgesehen.

Bei den im Presseartikel der NRZ vom 31.08.2011 genannten Haltestellen für den Ausbau von Hochbahnsteigen handelt es sich im Wesentlichen um die im NVP für die Umsetzung bis 2015 vorgesehenen Haltestellen sowie um weitere Haltestellen auf der Linie U75, bei denen der Bau von Hochbahnsteigen im vorhandenen Straßenraum ohne größere Anpassungsmaßnahmen möglich ist.

Der Streckenabschnitt zwischen Werstener Kreuz und Benrath Betriebshof wird im Mischbetrieb von den hochflurigen Straßenbahnfahrzeugen (B80-Wagen) und den Niederflur-Straßenbahnen sowie nach Inbetriebnahme der Wehrhahn-Linie auch von den Niederflurstadtbahnwagen befahren. Um einen barrierefreien Einstieg in beide Systeme zu gewährleisten, müssten an diesen Haltestellen sowohl Hochbahnsteige für die B80-Wagen als auch Bahnsteigkanten für die Niederflurfahrzeuge (Niederflurstraßenbahn und Niederflurstadtbahnwagen der Wehrhahn-Linie) angeordnet werden. Bis auf die beiden neu ausgebauten Haltestellen „Holthausen“ und „Benrath, Betriebshof“ erfüllen die im Mischbetrieb angefahrenen Haltekanten nicht die für einen barrierefreien Einstieg in die Niederflurfahrzeuge erforderliche Bahnsteighöhe von 25 cm.

Aufgrund der vorhandenen engen straßenräumlichen Verhältnisse wird auch langfristig für den Großteil dieser Haltestellen keine vollständigen barrierefreien Einstiegsverhältnisse für beide Systeme geschaffen werden können.

Zu Frage 2:

Ja. Für die Haltestelle „Urdenbacher Allee“ in der Heubesstraße ist der barrierefreie Ausbau der Haltestelle (nur für Niederflurfahrzeuge) vorgesehen. Die Plangenehmigung durch die Bezirksregierung ist erteilt. Der Zuwendungsbescheid hierfür wird in Kürze erwartet. Sobald die Finanzierung gesichert ist, kann die Maßnahme umgesetzt werden. Eine Umsetzung ist 2012 angestrebt.

Weitere Maßnahmen sind von Seiten der Verkehrsplanung derzeit nicht geplant.

**13      Anfrage: Wohnungsbau Friedhof Itterstraße  
- Herr Hampe, CDU -  
179/ 120/2011**

Frage 1 der Grünen:

Welche Planungen, u.a. für eine Wohnbebauung, bestehen für Teile der nicht benö-

tigten Erweiterungsflächen des Friedhofs Itter?

Frage Bezirksvertreter Ulrich Hampe:

Wann und durch wen ist welche Wohnbebauung auf dem bisherigen Gelände des Friedhofs an der Itterstraße möglich? Dabei sind insbesondere auf Art der Bebauung, den Zeitraum/Zeithorizont der geplanten Maßnahmen, die verkehrliche Erschließung und Anbindung der Wohnbebauung und des verkleinerten Friedhofs sowie die Einbindung der Öffentlichkeit, Bezirksvertretung und Stadtrat einzugehen.

Frage 2 der Grünen:

Welche Art der Wohnbebauung ist auf diesem Gelände vorstellbar und gibt es Alternativen zur „aufgelockerten Bebauung“, siehe RP-Bericht vom 02.09.2011, die nur relativ geringe Mengen an Wohnraum erlaubt und zudem von der Münchener Straße ausgehende Lärm- und Abgasemissionen berücksichtigen muss?

Frage 3 der Grünen:

Wann wird der Bezirksvertretung 9 ein genaues Konzept vorgelegt und wann ist frühestens mit einer Umnutzung zu rechnen?

**Herr Mehner** erklärt, dass die Beantwortung der Anfragen TOP 13 und 14 zusammengefasst worden sei. Die Antworten lauten wie folgt:

Zu Frage 1 der Grünen:

Im Rahmen der Flächenentwicklung für die kommunalen Friedhöfe der Landeshauptstadt Düsseldorf werden u.a. Zukunftsoptionen für nicht mehr benötigte Friedhofflächen vorgeschlagen. Die zurzeit landwirtschaftlich genutzte Erweiterungsfläche des Friedhofes Itter steht, vorbehaltlich der politischen Beschlussfassung, ebenfalls zur Disposition.

Für diese Fläche besteht zurzeit keine konkrete Planung, z.B. in Form eines Bebauungsplan-Vorentwurfes.

Der Regionalplan für den Regierungsbezirk Düsseldorf (GEP 99) weist gleichwohl für das zur Disposition stehende Gebiet einen „Allgemeinen Siedlungsbereich“, d.h. eine Bebauungsmöglichkeit, aus. Dieser Regionalplan ist ein regionaler Entwicklungsplan, der eingebettet in eine „Regionale Entwicklungspolitik“ von allen Städten und Gemeinden des Regierungsbezirks Düsseldorf bei Planungen zu beachten.

Zur Frage von Herrn Hampe / zu Frage 2 der Grünen:

Langfristig könnte neben der Entwicklung einer Grünverknüpfung als Erweiterung des übergeordneten Grünzuges in Wersten und weiteren Fuß- und Radwegverbindungen im Hinblick auf das prognostizierte Bevölkerungswachstum der Stadt Düsseldorf und die daraus resultierende Verknappung von Wohnbauflächen, eine für breite Bevölkerungsschichten dringend benötigte Wohnbebauung realisiert werden. Der prognostizierte zusätzliche Wohnungsbedarf der Stadt Düsseldorf wird bis zum Jahr 2020 auf ca. 28.000 Wohneinheiten geschätzt. Insbesondere den Einpendlerströmen aus dem näheren und weiteren Umland und der starken Abwanderung von Familien mit Kindern ins Umland, könnte teilweise entgegengewirkt werden.

Konkrete Planungen liegen noch nicht vor und müssen erst nach abschließender Beschlussfassung über die „Flächenentwicklung für die kommunalen Friedhöfe der Landeshauptstadt Düsseldorf“ erarbeitet werden.

Mögliche zukünftige Planungen für neue Wohnbauflächen sollten dessen ungeach-

tet die standortspezifischen Umweltbelange berücksichtigen, insbesondere durch mikroklimatische Maßnahmen im Plangebiet (z.B. durch extensive Dachbegrünungen und niedriger, aufgelockerter Bebauungsdichte). Ferner sollte eine Individualverkehrserschließung des Gebietes nur über die Münchener Straße (B)) erfolgen, um benachbarte Wohngebiete nicht zu beeinträchtigen.

Bei Abschluss des Planverfahrens kann eine Veräußerung der städtischen Flächen zur Bebauung an Dritte erfolgen.

Zu Frage 3 der Grünen:

Im Rahmen der gesamtstädtischen Friedhofsflächenentwicklung soll zunächst eine Öffentlichkeitsarbeit durchgeführt werden. Im Anschluss wird der Ausschuss für öffentliche Einrichtungen über die Umsetzung der gesamtstädtischen Friedhofsflächenentwicklung und über die nicht mehr benötigten Flächen entscheiden (Vorlage 70/30/2011). Seitens der Stadtplanung können erst danach unter Berücksichtigung bestehender Prioritäten und vorhandener Ressourcen auf der Grundlage von Umwelt-, Lärm- und Verkehrsgutachten konkrete städtebauliche Planungen (Erschließung, Bebauungsdichte usw.) erarbeitet, den politischen Gremien vorgeschlagen und der Öffentlichkeit im Rahmen eines qualitätssichernden Verfahrens – entsprechend der Planungskultur in Düsseldorf – frühzeitig vorgestellt werden.

**Herr Hampe** erkundigt sich, inwieweit es zutreffend sei, dass zwischen der Jüdischen Gemeinde und der Stadt über die Verpachtung der Erweiterungsfläche des Friedhofs Itter verhandelt werde.

**Herr Mehner** bestätigt, dass es Gespräche gebe, allerdings sei nicht nur über Itter als in Frage kommende Fläche gesprochen worden.

**Herr Welski** weist darauf hin, dass das Defizit an Freiflächen in Holthausen 10-20 % betrage. Durch eine Bebauung der Erweiterungsfläche würde sich das Defizit noch vergrößern.

**Herr Mehner** erwidert, dass im Rahmen eines Bebauungsplanverfahrens auch zu Umweltbelangen Stellung bezogen würde. Allerdings müsse die Stadt bei ihren Planungen überörtliche Vorgaben wie den Regionalplan für den Regierungsbezirk Düsseldorf berücksichtigen.

**14      Anfrage: Friedhof Itter, geplante Wohnbebauung  
- Bü90/Die Grünen-Fraktion -  
179/ 121/2011**

Siehe TOP 13

**15      Anfrage: Radweg Ickerswarder Straße  
- Bü90/Die Grünen-Fraktion -  
179/ 122/2011**

Die Anfrage wird in der nächsten Sitzung beantwortet.

**16      Anfrage: A 46 - Lärmschutz  
- Herr Retza, SPD -  
179/ 125/2011**

Die Anfrage wird in der nächsten Sitzung beantwortet.

**17      Anfrage: Reithalle Gut Niederheid  
- Herr Retza, SPD -  
179/ 124/2011**

Frage 1:

Welche Möglichkeiten und Mittel sieht die Verwaltung, die Reithalle zu sanieren?

Frage 2:

Welche Maßnahmen hat die Verwaltung bisher unternommen und welche Erfolge haben sich dabei abgezeichnet.

Frage 3:

Kann die Verwaltung den Pächterinnen eine kurzfristige Zwischenlösung anbieten, bis die endgültige Instandsetzung erfolgt?

**Herr Mehner** beantwortet die Fragen wie folgt:

Zu Frage 1:

Die Halle ist infolge eines statischen Gutachtens aktuell nicht nutzbar. Die Sanierungskosten für das Gesamtgebäude werden zurzeit ermittelt.  
Erst nach Vorlage der Ergebnisse kann auch unter Berücksichtigung wirtschaftlicher Kriterien die weitere Vorgehensweise abgestimmt werden.

Zu Frage 2 und 3:

Es haben bereits Gespräche aufgrund der aktuellen Situation mit den derzeitigen Betreibern – die sich in einem Unterpachtverhältnis befinden – stattgefunden. Gemeinsam werden Optionen für eine mögliche Übergangslösung gesucht.  
Sobald Ergebnisse vorliegen, wird auch die Bezirksvertretung hierüber in Kenntnis gesetzt.

**18      Anfrage: Brände in der Wohnanlage Hassels-Nord  
- Herr Cetin / Die Linke -  
179/ 106/2011**

**Frage 1**

Wie viele Brände sind insgesamt in den letzten 10 Jahren in Hassels Nord verübt worden und wie viele davon im Hochhaus Potsdamer Straße und welche sind aufgeklärt worden?

**Frage 2**

Welche Hintergründe haben dazu geführt, dass die Vermieterin die Kontrollmechanismen (durch Concierge-Service) bis heute nicht eingehalten hat, die sicherheitsrelevanten Aspekte, z.B. fehlende Brandmelder, nicht eingehalten hat, und warum hat das Bauaufsichtsamt dies erst jetzt festgestellt:

**Frage 3**

Welche Maßnahmen will die Verwaltung unternehmen um die aktuelle Situation der BewohnerInnen in Hassels Nord im Allgemeinen zu verbessern?

**Antwort zu Frage 1**

Herr Mehner führt aus, dass ihm sowohl eine Auflistung der Feuerwehr als auch der Polizei vorliegen, die teilweise divergieren. Dies erklärt sich damit, dass in der Statistik der Feuerwehr sowohl Feuerwehreinsätze aufgrund von Falschmeldungen als auch gemeldete Brände durch Brandmeldeanlagen enthalten sind. Weiterhin erklären sich Abweichungen, als dass die Brandberichte teilweise nicht an die Polizei gesteuert werden oder schlichtweg keine Benachrichtigung an die Polizei, jedoch an die Feuerwehr ergangen ist. Zuletzt genannter Grund gilt jedoch ausschließlich für Kleinstbrände (Container, Sträucher etc.).

Herr Mehner erklärt, dass er in Beantwortung der Anfrage deshalb die Angaben der Polizei vortragen werde, da sich diese ausschließlich auf Brände an Gebäuden beziehen.

Eine Auswertung der Daten seit 2001 (wie gewünscht) ist jedoch nicht möglich, da die Auswertung anhand einer dienstlich geführten Exel-Datei (sog. Branddatei) durchgeführt wurde, welche erst seit Anfang 2005 geführt wurde. Danach ergibt sich folgendes Ergebnis:

Jahr	Kleinstbrände	Brände in / an Gebäuden	Gesamtergebnis(bzgl. Potsdamer Str. 45)
2005	7	20, davon insgesamt 6 im Hochhaus Fürstenberger Str. 41 (5 Brände als Brandserie mit Geständnis nachgewiesen / geklärt) und ein geklärt Brand im Hochhaus Potsdamer Str. 45	1 geklärt Brand
2006	5	14, davon ein geklärt Brand im Haus Potsdamer Str. 45	1 geklärt Brand
2007	7	9, davon <b>kein</b> Brand im Haus Potsdamer Str. 45	----
2008	9	13, davon <b>1 ungeklärt</b> Brand im Haus Potsdamer Str. 45	1 <b>ungeklärt</b> Brand
2009	13	28, davon <b>10 ungeklärte</b> Brände im Haus Potsdamer Str. 45	10 <b>ungeklärte</b> Brände
2010	7	21, davon <b>8 ungeklärte</b> Brände im Haus Potsdamer Str. 45	8 <b>ungeklärte</b> Brände
2011 Bis 09/11	13	17, davon <b>3 ungeklärte</b> Brände im Haus Potsdamer Str. 45 (der letzte Brand vom 20.07. führte zur Installation der „EK Potsdam“) sowie zwei Brände im Haus Fürstenberger Str. 41, davon einer geklärt	3 <b>ungeklärte</b> Brände
			<b>Gesamtergebnis: 24 Brände im Haus Potsdamer Str. 45 seit dem 01.01.2005, davon davon 2 Brände geklärt.</b>

### Antwort zu Frage 2

Die Feuerwehr wurde im Rahmen der Brandschau in den letzten Jahren mehrfach in der Wohnanlage Hassels-Nord tätig oder durch das Bauaufsichtsamt zu wiederkehrenden Prüfungen hinzugezogen. Hierbei wurden neben den Wohngebäuden auch Tiefgaragen und Feuerwehrezufahrten überprüft. Wesentliche Mängelpunkte waren fehlende oder defekte Rettungsweg- und Feuerwehrezufahrtsbeschilderungen, unzureichend gewartete Feuerlöscher und

Löschwassersteigeleitungen, defekte Feuer- und Rauchschutztüren und Rauchabzüge, unzulässige Wand- und Deckendurchbrüche und das Abstellen von brennbaren Gegenständen im Verlauf von Flucht- und Rettungswegen sowie in Garagen. Alle Mängelberichte wurden zuständigkeitshalber an das Bauaufsichtsamt zur ordnungsbehördlichen Verfolgung weitergeleitet.

Das Gebäude Potsdamer Straße 45 wird seit Jahren regelmäßig durch das Bauaufsichtsamt im Rahmen von Brandschauen durch die Feuerwehr überprüft. Bei der letzten Brandschau wurden bauaufsichtsrechtlich relevante Mängel festgestellt, deren Beseitigung ordnungsbehördlich gefordert wurde. Teilweise ist der Eigentümer den Forderungen nachgekommen. Für das Gebäude wird nun ein neues Brandschutzkonzept erstellt, so dass weitere Forderungen sich daraus ergeben werden. Ein Concierge-Service kann baurechtlich nicht gefordert werden.

### **Antwort zu Frage 3**

Der Oberbürgermeister hat mit Blick auf die Verbesserung der Wohnzustände und des sozialen Umfeldes einen Runden Tisch eingerichtet, der am 09.09.2011 erstmalig unter der Leitung des Ordnungsdezernenten zusammenkam. Vertreter städtischer Dezernate und Ämter, der Bezirksvertretung und -verwaltung, die Polizei sowie Diakonie und Deutsches Rotes Kreuz legten den Fokus einerseits auf eine umfassende Bestandsaufnahme der bestehenden Missstände. Andererseits wurden bereits eingeleitete oder in Planung befindliche Maßnahmen hinsichtlich der Verbesserung der Wohnzustände (beispielsweise Zwangsmaßnahmen gegen den Vermieter) sowie der Förderung des sozialen Umfeldes erörtert. Ergänzende Handlungsmöglichkeiten wurden diskutiert und werden aktuell durch die einzelnen Fachbereiche hinsichtlich ihrer Durchführbarkeit geprüft. Eine Zusammenstellung aller Maßnahmen wird zeitnah erfolgen.

**Herr Cetin** kritisiert, dass die Politik nicht zu dem Runden Tisch eingeladen war.

**Bezirksvorsteher Schuth** erklärt, dass die Politik zum nächsten Termin eingeladen werde.

**Herr Angerhausen** führt aus, dass im Zusammenhang mit den Wohnungsbränden und den schlechten Wohnverhältnissen immer von Hassels-Nord berichtet wird. Hassels-Nord wird im Westen begrenzt durch den Bahndamm, im Norden durch die A 46, im Osten durch die A 59 und im Süden durch die Altenbrückstraße. Probleme gibt es in einem Teilbereich des Wohnquartiers, nämlich in der Potsdamer Straße und in der Fürstenberger Straße und hier insbesondere in 2 Hochhäusern. In vielen anderen Straßen des Quartiers gibt es diese Probleme nicht. **Herr Angerhausen** warnt daher davor, den gesamten Bereich zu stigmatisieren.

## **19 Anfrage: Hochhaus Potsdamer Str. 45 - Herr Retza, SPD - 179/ 126/2011**

### **Frage 1**

Welche Möglichkeiten und Mittel sieht die Verwaltung, die menschenunwürdigen und skandalösen Zustände in dem o.g. Objekt abzustellen?

### **Frage 2**

Welche Maßnahmen hat die Verwaltung bisher unternommen und welche Erfolge

haben sich dabei abgezeichnet?

### **Frage 3**

Kann die Verwaltung mit Zwangsmaßnahmen, z.B. Sicherheitsauflagen und Bußgeldern, gegen die offenkundigen Missstände vorzugehen?

Herr Mehner beantwortet die Fragen wie folgt:

### **Antwort zu Frage 1**

Der Oberbürgermeister hat mit Blick auf die Verbesserung der Wohnzustände als auch des sozialen Umfeldes einen Runden Tisch eingerichtet, der am 09.09.2011 erstmalig unter Leitung des Ordnungsdezernenten zusammenkam. Vertreter städtischer Dezernate und Ämter, der Bezirksvertretung und -verwaltung, die Polizei sowie Diakonie und Deutsches Rotes Kreuz legten den Fokus auch auf eine umfassende Bestandsaufnahme der bestehenden Missstände.

Bereits eingeleitete oder in Planung befindliche Maßnahmen wurden dargestellt und erörtert. Weitergehende Handlungsmöglichkeiten wurden diskutiert und werden aktuell durch die einzelnen Fachbereiche hinsichtlich ihrer Durchführbarkeit geprüft. Eine Zusammenstellung der einzelnen Maßnahmen wird zeitnah erfolgen.

Vor diesem Hintergrund wird kurzfristig ein Gespräch zwischen Vertretern der Verwaltung und der WVB Centuria stattfinden.

### **Antwort zu Frage 2**

#### Feuerwehr

Das Objekt „Potsdamer Straße 45“ unterliegt als Hochhaus der amtlichen Brandschau gem. § 6 des Feuerschutz- und Hilfeleistungsgesetzes (FSHG NRW). Die Mängelpunkte werden zur ordnungsbehördlichen Verfolgung an das Bauaufsichtsamt (Amt 63) als zuständiges, ordnungsbehördliches Amt weitergeleitet. Von dort aus wurde der Eigentümer/Betreiber zur Mängelbeseitigung aufgefordert und die Beseitigung überwacht.

Wesentliche Mängelpunkte waren in der Vergangenheit defekte Feuer- und Rauchschutztüren und Rauchabzüge, unzulässige Wand- und Deckendurchbrüche und das Abstellen von brennbaren Gegenständen im Verlauf von Flucht- und Rettungswegen.

Zurzeit findet eine Koordination einer wechselnden, wöchentlichen Kontrolle des Gebäudes, beginnend in der 38. KW, durch Bauaufsicht und Feuerwehr in Verbindung mit der Hausverwaltung statt.

#### Bauaufsichtsamt

Seitens der Berufsfeuerwehr wurden die gesetzlich vorgeschriebenen Brandschauen durchgeführt.

Das Bauaufsichtsamt hat die gesetzlich vorgeschriebenen wiederkehrenden Prüfungen der Großgaragen durchgeführt. Dabei wurde insbesondere in den unterirdischen Großgaragen festgestellt, dass neben den in den abschließbaren Garagenboxen abgestellten Fahrzeugen eine große Menge brennbarer Haushaltsmaterialien lagerte. Die Tore zu den einzelnen Stellplätzen wurden daraufhin auf Anweisung entfernt. Seitdem sind die Garagen brandlastenfrei.

Des Weiteren wurde für das Hochhaus Potsdamer Str. 45 eine brandschutztechnische Betrachtung durch einen staatlich anerkannten Sachverständigen für den Brandschutz gefordert, in welcher insbesondere auch betriebliche, organisatorische und anlagentechnische Aspekte unter Berücksichtigung der im Wohngebiet

ansässigen Bevölkerung bewertet werden müssen. Das Ergebnis wird Ende September erwartet.

Seitens der Berufsfeuerwehr und des Bauaufsichtsamtes werden zudem verstärkt (mindestens einmal pro Woche) Kontrollen der Rettungswege durchgeführt. Diese Kontrollen sind in der Landesbauordnung und der Sonderbauverordnung nicht vorgesehen.

### Wohnungsamt

In seiner Sitzung am 14.06.2010 beauftragte der Ausschuss für Wohnungswesen und Modernisierung die Verwaltung zur Erarbeitung und Umsetzung eines gemeinsamen Handlungskonzeptes zur Information und Beratung der Bewohnerinnen und Bewohner im Quartier Hassels-Nord zu Fragen des Mietrechts.

Daraufhin legten Vertreter der Diakonie in Düsseldorf und des Mietervereins Düsseldorf e.V. sowie das Wohnungsamt eine abgestimmte Vorgehensweise fest:

- In einer Auftaktveranstaltung informierte das Wohnungsamt zunächst Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der jeweiligen Kulturkreise des Quartiers und den damit verbundenen unterschiedlichen Muttersprachen über die Handlungsmöglichkeiten der Wohnungsaufsicht. Damit soll die Kommunikation mit den Bewohnerinnen und Bewohnern erleichtert werden.
- Daraufhin fanden alle zwei Wochen dienstags von 14.00 Uhr bis 16.00 Uhr Sprechstunden des Mietervereins und der Wohnungsaufsicht vor Ort statt. Die gemachte Erfahrung führte dazu, dass seit Mai 2011 Sprechstunden nur noch einmal monatlich durchgeführt werden.

Geplant ist, die Mieterinnen und Mieter des Quartiers im Rahmen einer präventiven Veranstaltung im Oktober 2011, mit Blick auf den bevorstehenden Winter, über die Notwendigkeit einer entsprechenden Anpassung des Wohnverhaltens und noch einmal über die Handlungsmöglichkeiten der Wohnungsaufsicht bei Mängeln und Missständen in ihren Wohnungen zu informieren und hinreichend zu sensibilisieren.

### Wohnungsaufsicht

Die Wohnungsaufsicht wird tätig, wenn erhebliche Mängel im Sinne des Gesetzes zur Förderung und Nutzung von Wohnraum (WFNG NRW) aufgetreten sind und diese vom Vermieter nicht in einer angemessenen Frist beseitigt wurden.

Aktuell sind der Wohnungsaufsicht folgende Mängel bekannt:

- Undichtes Dach im Haus an der Potsdamer Straße 7  
Die Ortsbesichtigung fand am 23.08.2011 statt. Der Eigentümer wurde schriftlich aufgefordert, den Mangel zu beseitigen. Gleichzeitig wurde dem Eigentümer im Rahmen des notwendigen Anhörungsverfahrens Gelegenheit gegeben, zur Sache schriftlich Stellung zu nehmen.
- Wasserschaden im Haus an der Potsdamer Straße 45  
Die Ortsbesichtigung fand am 23.08.2011 statt. Dabei konnte noch nicht eindeutig bestimmt werden, ob es sich um einen Dach- oder Löschwasserschaden handelt. Mittlerweile ist klar, dass es sich um einen Löschwasserschaden handelt.

Der Eigentümer wurde aufgefordert, den Mangel innerhalb von vier Wochen zu beseitigen. Sollte der Eigentümer den Mangel nicht bzw. nicht ordnungsgemäß beseitigen, wird das Wohnungsamt ein Ordnungsverfahren mit Androhung eines



Zwangsgeldes einleiten.

#### Wohnungsvermittlung

Das Leistungsangebot des Wohnungsamtes umfasst auch die Unterstützung und die Hilfe bei der Suche nach einer bedarfsgerechten Wohnung. Die von der aktuellen Situation im Quartier „Hassels-Nord“ betroffenen Haushalte werden beim Wohnungsamt als „dringend“ eingestuft. Ein zusätzliches Unterstützungsangebot unterbreitet die Wohnberatung für ältere und behinderte Menschen des Wohnungsamtes. Sie hilft bei der Suche nach einer senioren- oder behindertengerechte Wohnung. Darüber hinaus bietet die Wohnberatung im Rahmen ihres Umzugsmanagements älteren und behinderten Menschen Hilfe bei der Planung und Organisation ihres Umzuges an.

#### **Antwort zu Frage 3**

##### Bauaufsichtsamt

Das Bauaufsichtsamt hat zur Durchsetzung der Forderung der Beseitigung der Mängel Zwangsgelder angedroht und festgesetzt. Das hat bewirkt, dass ein Großteil der festgestellten Mängel bereits beseitigt wurde.

##### Wohnungsamt

Die Verwaltung kann im Rahmen der Wohnungsaufsicht mit ordnungsbehördlichen Zwangsmaßnahmen gegen den Eigentümer vorgehen, wenn die Mängel und Missstände von ihm zu vertreten sind (siehe Abschnitt „Wohnungsaufsicht“ zu Frage 2).

20

#### **Antrag: Anwohnerkonferenz in Hassels-Nord**

**- Herr Cetin, Die Linke -**

**179/ 105/2011**

Der Punkt 1 des Antrags wurde bereits vom Antragsteller zurückgezogen (siehe TOP 2).

**Herr Mehner** macht Herrn Cetin darauf aufmerksam, dass ein beschlossener Antrag dazu diene, die Verwaltung zu etwas zu bitten oder aufzufordern. Beim vorliegenden Antrag - abgesehen von Punkt 6 - werde jedoch die Bezirksvertretung selbst in die Pflicht genommen, vor Ort tätig zu werden, obwohl Hilfen wie die Mieterberatung bestehen. Es bliebe der Politik unbenommen, ggf. parteiübergreifend vor Ort beratend aktiv zu werden. Insofern könne der Antrag nur als selbstbindende Absichtserklärung der Politik verstanden werden.

**Herr Cetin** erklärt, er und andere Mitglieder seiner Partei hätten in Gesprächen vor Ort festgestellt, dass die Menschen in Hassels-Nord große Sorgen haben. Hier sei die Bezirksvertretung im Gesamten - nicht einzelne Parteien - gefordert, die Bewohner durch gezielte Aktionen zu unterstützen.

**Herr Angerhausen** verweist auf bestehende Hilfsangebote wie Sprechstunden der großen Parteien und des Mietervereins sowie die zahlreichen Sozialangebote der Stadt, der Kirche und der karitativen Verbände, die sicherlich auch noch verbessert werden. Fest stehe aber, dass diese Arbeit nur durch hierfür ausgebildete Hauptamtler geleistet werden könne. Die Bezirksvertretung könne hier nur Zeichen setzen.

**Herr Retza** schließt sich den Ausführungen seines Vorredners an. Die Zustände in diesem Quartier seien zweifelsohne fürchterlich und es bestehe dringender Handlungsbedarf, diese schwierige Aufgabe könne jedoch ausschließlich von Personen

bewältigt werden, die hierfür ausreichend qualifiziert sind.

**Herr Welski** schlägt vor, dass der Antragsteller die Punkte 2-5 zurückzieht und über Punkt 6 abgestimmt wird.

**Herr Mehner** weist zu Punkt 6 darauf hin, dass es einen ähnlich lautenden Antrag der Ratsfraktion der Grünen gebe.

**Herr Schardt** bittet, den Punkt 6 zu beschließen, um den Ratsantrag zu unterstützen.

**Herr Cetin** zeigt sich nicht bereit, die Punkte 2-5 zurückzuziehen. Er beantragt, über die Punkte 2-6 einzeln abzustimmen.

**Ratsherr Lukaschewski** weist nochmals auf die regelmäßigen Sprechstunden der großen Parteien hin. Darüber hinaus seien das Wohnungsamt und das Bauaufsichtsamt bereits seit einiger Zeit ordnungsrechtlich aktiv.

**Herr Angerhausen** stellt zu Punkt 6 folgenden Änderungsantrag:

Die Bezirksvertretung 9 bittet die Verwaltung, in der nächsten Sitzung zu berichten, welche Mittel für Sozialarbeit im Quartier Hassels-Nord unter Berücksichtigung der Tätigkeiten der kirchlichen und karitativen Organisationen dort eingesetzt werden und welche Arbeit bereits geleistet wird.

Nach ausführlicher Diskussion spricht sich die Mehrheit der Bezirksvertreter dafür aus, über den Änderungsantrag zu Punkt 6 abzustimmen.

**Bezirksvorsteher Schuth** lässt über die Punkte 2 bis 6 abstimmen.

Abstimmungsergebnis zu Punkt 2:

1 Ja-Stimme (Die Linke)

16 Nein-Stimmen (8 CDU, 4 SPD, 2 Bü90/Die Grünen, 1 FDP, 1 FW)

Abstimmungsergebnis zu Punkt 3:

1 Ja-Stimme (Die Linke)

16 Nein-Stimmen (8 CDU, 4 SPD, 2 Bü90/Die Grünen, 1 FDP, 1 FW)

Abstimmungsergebnis zu Punkt 4:

1 Ja-Stimme (Die Linke)

16 Nein-Stimmen (8 CDU, 4 SPD, 2 Bü90/Die Grünen, 1 FDP, 1 FW)

Abstimmungsergebnis zu Punkt 5:

1 Ja-Stimme (Die Linke)

16 Nein-Stimmen (8 CDU, 4 SPD, 2 Bü90/Die Grünen, 1 FDP, 1 FW)

Abstimmungsergebnis zum Änderungsantrag Punkt 6:

14 Ja-Stimmen (8 CDU, 2 SPD, 2 Bü90/Die Grünen, 1 FDP, 1 FW)

3 Nein-Stimmen (2 SPD, 1 Die Linke)

**Die Bezirksvertretung 9 bittet die Verwaltung, in der nächsten Sitzung zu berichten, welche Mittel für Sozialarbeit im Quartier Hassels-Nord unter Berücksichtigung der Tätigkeiten der kirchlichen und karitativen Organisationen dort eingesetzt werden und welche Arbeit bereits geleistet wird.**

21

**Antrag: Hassels Nord - Stadtteilentwicklungskonzept**  
**- Herr Retza, SPD -**  
**179/ 127/2011**

**Ratsherr Lukaschewski** berichtet, dass für das Wohnquartier Hassels-Nord kein Antrag auf Förderung von Maßnahmen integrativer Quartiersentwicklung gestellt worden sei. Die Fördermittel seien reduziert worden. Gefördert würden 2 Wohnquartiere in Düsseldorf.

**Ratsfrau Benninghaus** erklärt, dass es wahrscheinlich die beste Lösung wäre, zumindest die beiden Hochhäuser rückzubauen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 22 Antrag: Instandhaltungs- und Modernisierungsplanung für die Siedlung Hassels-Nord**  
- Herr Schardt, Bü90/Die Grünen -  
179/ 115/2011

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**Die Bezirksvertretung 9 bittet die Stadtverwaltung, bei der WV Centuria für die in die Schlagzeilen geratene Siedlung Hassels-Nord eine Instandhaltungs- und Modernisierungsplanung für die nächsten fünf Jahre einzufordern und diese der Bezirksvertretung zur Verfügung zu stellen.**

- 23 Antrag: Radweg in Urdenbach**  
- Herr Gelshorn, SPD -  
179/ 107/2011

**Herr Angerhausen** ist der Ansicht, dass das Ergebnis des Gerichtsverfahrens abgewartet werden solle. Deshalb sei es sinnvoll, den Antrag zurückzuziehen.

**Herr Gelshorn** zieht den Antrag zurück.

- 24 Antrag: Signalgesicherte Fußgängerquerung in Urdenbach**  
- Herr Gelshorn, SPD -  
179/ 123/2011

**Herr Dr. Graf** stellt die Frage, ob eine vertretbare Kosten-/Nutzen-Relation bestehe. Es sei eine Investition von ca. 24.000 € erforderlich, um einen Umweg von ca. 50 m bis zur nächsten Ampel zu ersparen.

**Herr Reichert** weist darauf hin, dass die Urdenbacher Dorfstraße auf Höhe der Drängenburger Straße an einer unübersichtlichen Stelle häufig von Fußgängern überquert werde.

**Herr Welski** weist darauf hin, dass im Rahmen der Planung des Radwegebezirksnetzes eine Überplanung des Knotenpunktes vorgesehen sei. Diese Planung sollte der Bezirksvertretung vorgestellt werden.

**Herr Gelshorn** verweist darauf, dass zahlreiche Bürger und der Allgemeine Bürgerverein Urdenbach eine zusätzliche signalgesicherte Querung wünschen. Darüber hinaus habe die Verwaltung selbst empfohlen, südlich des Knotenpunktes Urdenbacher Dorfstraße/Am Alten Rhein eine signalgesicherte Fußgängerquerung einzurichten.

Abstimmungsergebnis: 8 Ja-Stimmen (4 SPD, 2 Bü90/Die Grünen,  
1 Die Linke, 1 FW)

9 Nein-Stimmen (8 CDU, 1 FDP)

Wortlaut des **abgelehnten** Antrags:

Die Bezirksvertretung 9 beantragt die Einrichtung einer signalgesicherten Fußgängerquerung an der Südseite des Knotenpunktes Urdenbacher Dorfstraße / Am Alten Rhein gemäß der Empfehlung der Verwaltung in der Mitteilung Nr. 11 / 2011.

**25 Antrag: Schriftliche Antwort auf Anfragen  
- Herr Reichert, Freie Wähler-  
179/ 118/2011**

Abstimmungsergebnis: 5 Ja-Stimmen (2 SPD, 2 Bü90/Die Grünen, 1 FW)  
1 Enthaltung (Die Linke)  
11 Nein-Stimmen (8 CDU, 2 SPD, 1 FDP)

Wortlaut des **abgelehnten** Antrags:

Grundsätzlich ist eine Antwort schriftlich in Kopie am selben Tag an die fragende Person auszuhändigen. Das Protokoll bleibt unverändert.

**26 Antrag: Verfügungsmittel Martinsfreunde Hassels; Martinszug 2011  
-interfraktionell-  
179/ 101/2011**

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**Die Bezirksvertretung 9 gewährt den Martinsfreunden Hassels aus bezirklichen Verfügungsmitteln einen Zuschuss als Festbetrag in Höhe von 500,00 € zweckgebunden für die Durchführung des Martinzuges 2011.**

**27 Antrag: Verfügungsmittel Märchenfieber; Theaterprojekt "Der gestiefelte Kater"  
-interfraktionell-  
179/ 104/2011**

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**Die Bezirksvertretung 9 gewährt der Theatergruppe Märchenfieber aus bezirklichen Verfügungsmitteln einen Zuschuss als Festbetrag in Höhe von 400,00 € zweckgebunden für 5 Aufführungen „Der gestiefelte Kater“ in Wersten.**

**28 Antrag: Verfügungsmittel Heimatverein Holthausen-Itter-Himmelgeist e.V.;  
Martinszug Holthausen 2011  
-interfraktionell-  
179/ 112/2011**

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**Die Bezirksvertretung 9 gewährt dem Heimatverein Holthausen-Itter- Himmelgeist e.V. aus bezirklichen Verfügungsmitteln einen Zuschuss als Festbetrag in Höhe von 500,-- € zweckgebunden für den Martinszug in Holthausen.**

**29 Antrag: Verfügungsmittel Heimatverein Holthausen-Itter-Himmelgeist e.V.;  
Weihnachtsbaum Kamper Acker**

**-interfraktionell-  
179/ 111/2011**

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**Die Bezirksvertretung 9 gewährt dem Heimatverein Holthausen-Itter-Himmelgeist e.V. aus bezirklichen Verfügungsmitteln eine Zuschuss als Festbetrag in Höhe von 500,00 € zweckgebunden für die Aufstellung eines Weihnachtsbaumes auf dem Kamper Acker.**

- 30 Antrag: Verfügungsmittel Karnevalsgesellschaft "Reisholzer Quatschköpp"; Veedelszoch 2012  
-interfraktionell-  
179/ 110/2011**

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**Die Bezirksvertretung 9 gewährt der Karnevalsgesellschaft „Reisholzer Quatschköpp e.V.“ 1982 aus bezirklichen Verfügungsmitteln einen Zuschuss als Festbetrag in Höhe von 1.000,00 € zweckgebunden für den Veedelszoch 2012.**

- 31 Antrag: Verfügungsmittel GGS Südallee; Theater- und tanzpädagogisches Projekt zum Thema Klima, Wetter und Elemente  
-interfraktionell-  
179/ 113/2011**

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**Die Bezirksvertretung 9 gewährt der GGS Südallee aus bezirklichen Verfügungsmitteln einen Zuschuss in Höhe von 400,00 € als Festbetrag zweckgebunden für das theater- und tanzpädagogische Projekt zum Thema Klima, Wetter und Elemente, vom 19.09. bis 23.09.2011.**

- 32 Antrag: Verfügungsmittel Bürger- und Heimatverein Reisholz e.V., Martinsumzug Düsseldorf-Reisholz 2011  
-interfraktionell-  
179/ 116/2011**

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**Die Bezirksvertretung 9 gewährt dem Bürger- und Heimatverein Reisholz e.V. aus bezirklichen Verfügungsmitteln einen Zuschuss in Höhe von 500,00 € als Festbetrag zweckgebunden für die Ausrichtung des Martinsumzuges 2011 in Düsseldorf-Reisholz.**

- 33 Antrag: Verfügungsmittel "Aktion Weihnachtsbaum für Hassels"  
- interfraktionell -**

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**Die Bezirksvertretung 9 gewährt der Gemeinschaft „Aktion Weihnachtsbaum für Hassels“ aus bezirklichen Verfügungsmitteln einen Zuschuss als Festbetrag in Höhe von 500,00 € zweckgebunden für die Aufstellung eines Weihnachtsbaumes in Hassels.**

- 34 Antrag: Verfügungsmittel St. Sebastianus Schützenbruderschaft Himmelgeist e.V.; Weihnachtsbaum  
- interfraktionell -**

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**Die Bezirksvertretung 9 gewährt der St. Sebastianus Schützenbruderschaft Himmelgeist aus bezirklichen Verfügungsmitteln einen Zuschuss als Festbetrag in Höhe von 500,00 € zweckgebunden für die Aufstellung eines Weihnachtsbaumes auf dem Dorfplatz.**

- 35 Antrag: Verfügungsmittel Diakonie, Zentrum plus; Benrather Tüte  
- interfraktionell -**

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**Die Bezirksvertretung 9 gewährt der Diakonie, Zentrum plus, für die „Benrather Tüte“ aus bezirklichen Verfügungsmitteln einen Zuschuss als Festbetrag in Höhe von 500,00 € zweckgebunden für Weihnachtspäckchen für Bedürftige.**

- 36 Unterhaltung von Grundstücken und baulichen Anlagen der Bezirksvertretung im Stadtbezirk 9; Gut Niederheid**

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**Die Bezirksvertretung 9 beschließt, für das Gut Niederheid 40.000,00 € aus Mitteln der Bauunterhaltung bereit zu stellen, damit im Rahmen einer Übergangslösung die Nutzung der Reithalle im Winter gewährleistet ist.**

**Ende der öffentlichen Sitzung: 18:36 Uhr**

**Wolfgang Mehner**  
Leiter Bezirksverwaltungsstelle 9

**Wolfgang Wirtz**  
Schriftführer